

Nummer 161 - 25. Jahrgang

Smal wöchentl. Bezugspreis für Juli 3.00 R. einschl.
Befreiung. Einzelne Preise: Die 1. S. Petzelle 20 R.,
Stellengesicht 20 R. Die Petzelleklampe 80 R.
meter breit, 1 M. Öffertengesicht für Selbstholzer
20 R bei Überlendung durch die Post außerdem
Postversandtag Einzel-Nr. 10 R. Sonntags-Nr. 15 R.
Geschäftlicher Teil: J. Hillebrand in Dresden.

Petzwaren
Hüte
Mützen
O. Friedrich
Dresden-A.
Pillnitzer Str. 46
Rut 27479

Sächsische Volkszeitung

Editorial
R. von der
A. Vonier
Die Dr.
Strehler Str. 8
Rut 43477

Kaufmännische, 2. 3. und 4. Klasse
Buchdruckerei GmbH, Dresden-L., Bahnhofstr. 12,
Postamt 2643. Telefonnummer Dresden 34271
Telefon: Ballenstr. 8, Dresden.

Für christliche Politik und Kultur

Neben dem Sächsischen Volkszeitung
Dresden-L., Bahnhofstr. 12, Postamt 2643, Telefon 34271
Rut 43477

Ausführung aller Arten
von Möbeltransporten
Lagerung

Eduard Geucke & Co., G.m.b.H., Dresden

Postanschriften 2356 und 23811
Freiberger Straße 37/39 und Bankstraße 3

Spedition
nach allen Erdteilen
Wohnungstausch

Verständigung der Republikaner

Von
Joseph Wirth, Reichskanzler a. D.

Der ehemalige Reichskanzler Dr. Wirth veröffentlicht heute früh im "Berliner Tageblatt" unter obiger Überschrift einen Artikel, den wir hier nicht vorstellen wollen. Eine Stellungnahme zu den Plänen Wirths wird erst dann möglich sein, wenn genauere Einzelheiten über die Praxis, in der das Programm Wirths sich auswirken soll, vorliegen. D. Wirth

vor kurzem ist die gegenwärtige politische Lage in Deutschland als Schwiebzustand bezeichnet worden. Der Ausdruck ist nicht ungünstig gewählt. Er enthält gewissermaßen den Trost und die Hoffnung, daß die begonnenen langen Parlamentssitzungen, wo die öffentliche Diskussion eine Zeitlang schwelgen kann, im Spätjahr eine höhere, ruhigere, sachlichere politische Atmosphäre bringen werden, als sie in den Sommermonaten vorhanden war. Frische Augen, beruhigte Nerven werden die Gegenseite bestimmt mit sachlicher Härte zeigen, aber, so hoffen wir, ohne den verlebenden Stachel, den sie in der letzten Zeit gezeigt haben.

Eine Schwiebzustand ist immer eine Chance zu einer Wendung, die diejenigen herbeiführen, welche politischen Willen haben. So unentschieden also noch die Entwicklungstendenzen sind, die die Sommermonate aufzuweisen, so klar ist es, daß ein ungeschicktes Verhalten der Rechten wie der Linken die vorhandenen Entwicklungstendenzen zur Republik oder zur Reaktion rasch ausprägen kann. Dass die Rechtsschule bei uns im Spätjahr einen falschen sozialen Zug machen werden, ist nicht anzunehmen. Ihr Wunsch, durch Beteiligung an der Regierung maßgebenden Einfluß zu gewinnen, ist unverkennbar. Die Rechte ist bereit, sogar Opfer zu bringen und in bezug auf jahrelang umstrittene Fragen der Außen- und Innenpolitik allen Agitationsplunder mit dem man nur Stimmen gesammelt hat, vorläufig zu den Alten zu schreiben. Wiederholung je nach Bedarf bleibt selbstverständlich vorbehalten.

Das kommt bei der Deutschen Volkspartei bzw. dem rechten Flügel dieser Gruppe ein starkes Unbehagen über einen etwa möglichen Wahlkampf im Herbst. Da möchte man vorher durch Anhänger an rechts dem Stich ausweichen, den die Deutschnationalen gegen die Deutsche Volkspartei seit langem zu führen gedenken. Diese Auseinandersetzungen machen die Deutschnationalen ganz genau. Sie sind auch bereit, die nötigen "Stützen" bereitzustellen, an denen sich die Deutsche Volkspartei sonst anlehnen aufstellen kann. Bei dieser politischen Sachlage, die man durchaus real und nüchtern betrachten muß, kommt aber ferner hinzu, und darauf legen wir den Haupnahmendruck, daß es in diesem Jahre eine deutliche Linke von einem sozialen Willen und Führung überhaupt nicht gibt. Noch weniger gibt es eine Art republikanischer Union, die sich auf weite Sicht hinaus die politischen Probleme Deutschlands aufstellt und danach Ziele und Wege der einzelnen republikanischen Gruppen festlegt. Es gibt weder eine deutliche Linke noch eine republikanische Phalanx. Tritt ein und gespalten gehen die Republikaner dem Herbst entgegen.

Eine Zeitlang ging der Riß durch das Zentrum hindurch. Der Streit drehte sich lange darum, ob im Zentrum selbst die viel erörterte Ängstlichkeit zu schmerzlicher Auswirkung kommen sollte. Jetzt stehen diejenigen Gruppen im Zentrum, die gern vom organischen Aufbau im Volksstaat sprechen und welche die organische Staatsaufstellung immer wieder betonen, und jene Gruppe, welche leidenschaftlich für den Staat kämpft, aber auch fest und entschlossen die neue Zeit abhält und danach auf längste Sicht die politische Arbeit einstellt, zu Republik. Unsere Arbeit war also nicht vergebens. Nicht umsonst befandt deshalb der lehre Aufruf des Zentrums den republikanischen Charakter unseres Staates.

Die Lage hat sich geändert. Der Riß geht jetzt durch die deutsche Linke selbst, sofern man die Deutsche Demokratische Partei als bürgerliche Linke ansieht. Im Gespräch mit entschiedenen Demokraten ist mir immer wieder bewußt worden, daß die Deutsche Demokratische Partei der bürgerlichen Linken ist. Mag man sich um Formulierung streiten, das Wort bürgerliche Linke ist durchaus angemessen. Die politische Lage Deutschlands wird jetzt dadurch bedeutungsvoll gekennzeichnet, daß der Riß zwischen den sozialistischen Republikanern und den andern fortgeschritten sozialen und republikanisch gesinnten Parteiliegern zwischen Sozialdemokraten und Demokraten hindurchläuft. Aus diesen Gründen, die die Entwicklung seit einem Jahr mit Aufmerksamkeit und tiefer Sorge untersucht haben, verstehen diese Bemerkung. Wer die Sorge um die Republik nicht teilt und die Probleme des neuen Deutschland nicht sieht, wird auch die Bedeutung dieses politischen Risses unter den deutschen Republikanern nicht genügend würdigen und seine Wirkung nicht richtig erkennen. Es ist mir schon wiederbolt die Aufgabe zugefallen, auf solche

Der Aufruf an das Land

Die Panik der Anleihebesitzer — Verbot der Bekanntgabe der Devisionen durch den Rundfunk

Paris, den 20. Juli. (Drahther.)
Gestern abend erschien Ministerpräsident Herrlot die Presse, folgenden Aufruf an das Land zu verbreiten: "Die Regierung der republikanischen Einigung hat nur ein Ziel: die Verteidigung des Franken ohne jeden Parteileit. Sie verspricht dem Lande, entschlossen zu handeln und fordert es zur Ruhe auf, die ebenso wie die nationale Arbeit eines der unerlässlichsten Elemente für seinen Wiederaufbau ist."

Auch der neue Finanzminister de Monzie sagte nach dem "Journal" über sein Finanzprogramm: "Die Regierung wird keine Inflation fördern. Sie werde ein Vertrauensvolum und hinsichtlich der Finanzfrage die notwendigen Aktionsmittel fordern. Das neue Kabinett tritt am Donnerstag vor das Parlament.

Die erste Zählungnahme Herrlots mit der Kammer dürfte vor allem durch die Finanzlage, die sich in den letzten Tagen geradezu katastrophal entwickelt hat, besonders ungünstig beeinflusst werden. Es hat den Anschein, als ob auch Herrlot, wenn nicht in demselben Umfang wie Galliau, Wallmachers vorausgegangen wäre. Herrlot hofft offenbar, daß nach der ersten Abstimmung die Kammer in Tertie geschlagen werden kann. Der neue Finanzminister de Monzie hofft, eine neue Inflation zu verhindern. Die Lage des Staatshauses hat sich derart verschlechtert, daß allgemein eine neue Inflation von zwei Milliarden als unumgänglich bezeichnet wird.

Die zahlreichen Banken bildeten sich gestern Ansammlungen, die von der Polizei zerstreut werden mußten. Erstwohl wurde auch die Lage durch den Antritt der Besitzer der Domänen der nationalen Verteidigung, die die Kassen geradezu flüchten. Diese Panik der Anleihebesitzer veranlaßte u. a. auch Galliau, einen Schritt beim Präsidenten der Republik zu unternehmen, um darauf hinzuweisen, daß dringende Maßnahmen erforderlich seien, um die Panik der Anleihebesitzer zu bekämpfen. Mit Rücksicht auf die gewaltige Erregung der Bevölkerung und das Steigen der Devisionen hat die französische Postverwaltung die Durchgabe der Devisionen durch den Rundfunk bis auf weiteres verboten.

Paris, 20. Juli. (Drahther.)
Wie aus London gemeldet wird, wurden dort heute vormittag gegen 11 Uhr für 1 Pfund 220,25 französische Franken bezahlt, gegen 222,25 Franken an der gestrigen Nachbörsen. Ferner wurden für 1 Pfund 214 belgische Franken verlangt, gegen 210,50 gestrige Nachbörsennotiz.

London, 20. Juli. (Drahther.)
Der Pariser Korrespondent der "Times" schreibt: Der erste Eindruck bezüglich des neuen Kabinetts Herrlot sei, daß es auf breiterer Grundlage errichtet worden sei, als bisher angenommen wurde, daß es aber für seine Hälfte die großen Probleme der Zeit zu lösen, keine Sicherheit gewähre. Man könne sich gegenwärtig unmöglich vorstellen, in welcher Weise Frankreich aus seinen Schwierigkeiten herauskommen solle. Die Lebensdauer des neuen Kabinetts werde zweifellos in hohem Maße von dem Stand des Frankenkurzes in den nächsten Tagen abhängen. — Der Pariser Korrespondent der "Financial Times" hofft, daß neues Kabinett werde nur eine kurze Lebensdauer vorausgesagt. Die Verwertung der politischen Lage werde verschärft durch das Bewußtsein, daß die weitere Inflation jetzt unvermeidlich sei und beinahe zwangsläufig ein-

Probleme hinzuweisen. Ich habe seitens bei Demokraten wie bei Zentrumsteuten eine so tiefe Enttäuschung und Enttäuschung gefunden, wie in den letzten Monaten und Wochen. Gerade diejenigen in beiden Lagern, welche sturzlich und leidenschaftlich den Bürgerblock, der ja doch nur ein Bürgerschlag werden kann, abgelehnt und bekämpft haben, waren am meisten enttäuscht und enttäuscht. Verbitterung und Enttäuschung sind aber keine Faktoren politischen Fortschritts und sind noch weniger geeignet, der im Spätjahr vorhandenen Möglichkeit, reaktionäre Kräfte maßgebend in die Regierung zu bringen, vorzubereiten.

Die Sozialdemokratie ist sich jetzt wohl der Verantwortung bewußt geworden, die auf ihr bei der politischen Orientierung Deutschlands im Spätjahr ruht. Man muß über manche Kapitel der Geschichte in der politischen Entwicklung das Wort „zu spät“ sagen. Wenn die Sozialdemokratie Neigung verfügt, die kommende Entwicklung etwas leicht zu nehmen, was kaum anzunehmen ist, so wird das politische Leben der entschiedenen Republikaner in Deutschland ungemein kompliziert. Nicht als ob wir unsere Politik nur auf Tage eingestellt hätten. Wie auch die Einstellung der radikalen Republikaner sein mag, unsere Arbeit, der Reaktion den Weg zu verden und Demokratie und Zentrum dem Werk von Weimar unbedingt zu verpflichten, wird dadurch nicht berührt. Aber die deutschen Republikaner müssen bedenken, daß das Benehmen zur Republik und zur Weimarer Verfassung allein nicht ausreicht.

Mittwoch, 21. Juli 1926

Im Falle höherer Gewalt erfüllt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung d. Anzeigenaufrücks u. Leistung d. Anzeigenaufrücks für unbedr. u. s. A. Zeitung u. Zeitungsbüro übernehmen wir keine Verantwortung. Universitäts eingelandet u. in Südwürttemberg vertriebene Wissenschaften werden nicht auf ihre Sprechstunden der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags. Hauptredakteur: Dr. Joseph Biber. Dresden

Editorial
R. von der
A. Vonier
Die Dr.
Strehler Str. 8
Rut 43477